AUS MEINEM BÜCHERSCHRANK 23.04.2021 | Roman Grabowski

Zurück in die Zukunft

Nicht nur ein Pamphlet gegen „Lifestyle-Linke“: Sahra Wagenknechts Entwurf einer politischen Agenda birgt Sprengkraft für die Linke.



Sahra Wagenknecht (2021), Die Selbstgerechten, Campus,

Frankfurt

Mit ihrem Buch *Die Selbstgerechten* hatte Sahra Wagenknecht eine Mine mit Zeitzünder für die eigene Partei platziert. Doch schon eine Woche vor dem offiziellen Veröffentlichungstermin traten Parteifreunde darauf und brachten sie zur Explosion. Es krachte, Zitatsplitter wurden durch die Medienluft geschleudert, im Gegenzug folgten Salven an Diffamierungen und Rücktrittsforderungen. An dieser innerlinken „Rezeption" ist das Buch indes nicht schuldlos. Denn im Getöse tauchte auch der Pappkamerad wieder auf, mit dem sie den „Lifestyle-Linken" vorführt. Schon 2018 frotzelte Wagenknecht über eine „neugrüne Lifestyle-Partei". Manchmal sollte man es bei einem Bonmot belassen.

Die Selbstgerechten ist jedoch erheblich mehr als nur ein Pamphlet gegen „Lifestyle-Linke". Es ist ein Großessay, der nichts weniger versucht als eine eigene Version der Sozialgeschichte der Moderne vorzulegen und diese mit den zentralen Gesellschaftsanalysen der letzten Jahre sowie Wagenknechts eigenen wirtschaftspolitischen Konzepten zusammenzuführen – „ein bisschen größenwahnsinnig vielleicht", wie einer der bisher klarsichtigsten Rezensenten bemerkte.

Kurs und Kontur geben dem Text drei miteinander zusammenhängende Fragen: Was wurde früher und was wird heute unter dem Begriff des Linksseins verstanden? Wie kam es, dass sich die sozialdemokratischen und linken Parteien der Arbeiterschaft und der „klassischen" Mittelschicht entfremdet haben? Und wie könnte diese Entfremdung überwunden werden?

Im Kern geht es dabei um Werte. Um ihre Entwicklung, soziale Trägerschaft, Funktionen, ihre Kristallisation in Weltbildern und Ideologien und ihre Wechselwirkungen mit den Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen.

Im Kern geht es dabei um *Werte*. Um ihre Entwicklung, soziale Trägerschaft, Funktionen, ihre Kristallisation in Weltbildern und Ideologien (bei Wagenknecht: „großen Erzählungen") und ihre Wechselwirkungen mit den Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Das ist das so offensichtliche wie schillernde Leitmotiv von Wagenknechts Buch. Wer das übersieht, verpasst den großen Gedankenbogen und den argumentativen Unterbau ihres „Gegenprogramms" im zweiten Teil.

Der erste Teil beginnt mit einer Art historischem Sittengemälde. Aus der Notwendigkeit des Kampfs um Regulierung des ungezügelten Industriekapitalismus hätten sich „Wir-Bewusstsein, Gemeinschaftsorientierung, Solidarität und gegenseitige

Verantwortung“, „der Wunsch nach Sicherheit und Kontinuität“, „Leistung, Fleiß, Disziplin, Ordnung, Sicherheit, Stabilität und Normalität“, aber auch „Sesshaftigkeit und Heimatverbundenheit“ als Werte der Arbeiterschaft geformt.

Damit sei sie erfolgreich bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten, Verbesserungen der Lebensstandards und sozialer Mobilität gewesen, weshalb sich dieses Wertegefüge in der Nachkriegszeit in weiten Teilen der Bevölkerung verankerte. Entlang dieses Wertesets und im Einklang mit ihrer sozialen Basis, der arbeitenden Bevölkerung, hätten die sozialdemokratischen und linken Parteien ihre Politik gemacht und damit ebenfalls Erfolge gefeiert.

Mit dem Ende der Industrie- und Beginn der Dienstleistungsgesellschaft gerieten laut Wagenknecht ab den 80er Jahren diese sozialökonomischen Verhältnisse und mit ihnen auch die kulturellen und politischen Zusammenhänge unter die Räder. Parallel zur Abstiegserfahrung und -angst der breiten Masse sei eine gutverdienende „neue akademische Mittelschicht“ emporgekommen, mit ihrer eigenen (meist urbanen) Lebenswelt, Wertekultur und „großen Erzählungen“: dem Neoliberalismus und Linksliberalismus.

Nicht zuletzt aufgrund der medialen und politischen Meinungsmacht dieser Schicht sei nach der Diskreditierung des Neoliberalismus spätestens im 21. Jahrhundert der Linksliberalismus die tonangebende Weltanschauung geworden. Infolge entsprechender Verschiebungen in der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft hätten sich die sozialdemokratischen und linken Parteien zunehmend in Wertorientierungen, Habitus und Politik von ihrer traditionellen Wählerschaft gelöst und „die Seiten gewechselt“, hin zu diesen bessergestellten Milieus der „Lifestyle-Linken“, die „in Reinform“ von den Grünen repräsentiert würden.

Das „Grundgerüst“ des Linksliberalismus – in Wahrheit „weder links noch liberal“– sei die Identitätspolitik.

Das „Grundgerüst“ des Linksliberalismus – in Wahrheit „weder links noch liberal“– sei die Identitätspolitik. Diese sei ein letztlich spaltendes, antiegalitäres und antiaufklärerisches „elitäres Stammesdenken“ in Minderheiten- und Opfergruppen, die Förderprivilegien beanspruchten. Nach Wagenknecht fußt der Linksliberalismus auf denselben Werten wie der Neoliberalismus, ja sei „nichts als eine aufgehübschte Neuverpackung der Botschaften des Neoliberalismus“. Hier werde „aus Egoismus

Selbstverwirklichung, aus Flexibilisierung Chancenvielfalt, aus zerstörten Sicherheiten der Abschied von Normalität und Konformität, aus der Globalisierung Weltoffenheit und aus Verantwortungslosigkeit gegenüber den Menschen im eigenen Land Weltbürgertum".

Die Autorin enthüllt aber auch, welche Funktion diese hochmoralischen Werte für die Wohlstands- und Bildungsmilieus haben: Sie sichern ihre Privilegien. Beispielhaft führt sie es anhand der Migrationspolitik mit ihrer Kluft zwischen Betroffenheit von und Bekenntnis zu offenen Grenzen vor Augen. Und selbst der „nicht-wirtschaftsliberale" Linksliberalismus bewege sich „im Rahmen der identitätspolitischen Minderheitenlogik", die er lediglich „durch eine zusätzliche schutzbedürftige Minderheit: die der Armen und Ausgegrenzten" ergänze, und stehe für einen „Mindestsicherungsstaat" statt einen „leistungsorientierten, statuserhaltenden Sozialstaat [...] *für die Mehrheit*".

Wie können linke Parteien wieder diese gesellschaftliche Mehrheit und ihre alte Stärke zurückgewinnen? Als Antwort stellt Wagenknecht in der zweiten Hälfte des Buches eine politische Agenda vor, die nicht nur sachlich überzeugende Lösungen auf die Herausforderungen der Zeit bieten soll, sondern jene immer noch lebendigen „traditionellen" Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen der breiten Bevölkerung zur Geltung bringen. Diese seien „nicht nur konservativ, sondern auch originär links", weshalb Wagenknecht eine solche Position als wert- oder „linkskonservativ" bezeichnet und sie ausdrücklich vom politischen Konservatismus und „reaktionären Traditionen" abgrenzt. Insbesondere die Werte der Gemeinschaftsorientierung, Gegenseitigkeit und Leistungsgerechtigkeit stellt sie immer wieder in den Mittelpunkt. Diese sind auch der Baustoff für die drei Säulen, die ihr „Gegenprogramm" tragen: Nationalstaat, Demokratie und eine leistungsfähige und -gerechte Wirtschaft.

Die drei Säulen, die ihr „Gegenprogramm" tragen: Nationalstaat, Demokratie und eine leistungsfähige und -gerechte Wirtschaft.

Den ihm stapelweise ausgestellten Totenscheinen zum Trotz stünden nach wie vor und auf absehbare Zeit nur im Rahmen des Nationalstaats die institutionellen Voraussetzungen und ethischen Ressourcen zur Verfügung, die für eine funktionierende Solidargemeinschaft, für Regulierung der Wirtschaft, Sozialstaatlichkeit und Demokratie nötig sind. Wesentlich sei dabei das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer nicht ethnisch, sondern

sprachlich, kulturell und staatsbürgerlich definierten Gemeinschaft mit einer kollektiven Identität und wirksamen Gestaltungsmöglichkeiten. Da all diese Grundlagen auf EU-Ebene fehlten, plädiert Wagenknecht gegen den weiteren Ausbau von supranationalen EU-Institutionen und für ein „Europa souveräner Demokratien".

Die zweite Säule bildet die Wiederherstellung der Demokratie. Diese habe durch sinkende Wahlbeteiligung, Erosion der Volksparteien, „Meinungsmacht, Filterblasen und gekaufte Wissenschaft", geschwächten Staat und die Übermacht großer Konzerne schwer gelitten. Ausgerichtet am „republikanischen Konzept" der Demokratie, das nicht nur Minderheitenschutz, sondern „Zukunftsentwürfe und positive politische Gestaltungsideen" beinhaltet, fordert Wagenknecht zu ihrer Erneuerung u.a. eine „Marktwirtschaft ohne Konzerne" nach ordoliberalem Modell, ein neues, leistungsbasiertes Eigentumsrecht für Unternehmen und einen handlungsstarken öffentlichen Sektor. Als Partizipationsinstrumente skizziert sie neben Volksentscheiden den spannenden Gedanken eines „gelosten Oberhauses" aus per Los bestimmten Bürgerinnen und Bürgern.

Eine neue Wirtschaftsordnung soll als dritte Säule den (bei Linken meist verpönten) Wert der Leistungsgerechtigkeit zur Entfaltung bringen. Hier eilt Wagenknecht wie ein gestresster Arzt von einer Krankenstation zur nächsten. Innovationsschwäche im heutigen Kapitalismus, Monopolstrukturen in der Digitalwirtschaft, unzulängliche Staatsinvestitionen, Klimakrise – für all diese Missstände stellt sie *en passant* ein passendes Rezept aus, beispielsweise ein „neues Leistungseigentum", bei dem ein Unternehmen von Investoren nur noch eine Art Kredit bekäme und nach Abzahlung mit Zinsen sich selbst gehöre. Ferner behandelt sie die Schuldenproblematik und das Finanzsystem in der EU und plädiert für die De-Globalisierung der Wirtschaft, was nicht zuletzt auch Regulierung durch Zölle einschließt. Im Schlusskapitel geht es um Digitalkonzerne und die Vision eines Internets ohne individuelle Datenspeicherung.

Neben dem gewohnt flotten Stil macht die Zusammenfassung und Verknüpfung unterschiedlicher Themengebiete und vielschichtiger Debattenstränge die Stärke des Textes aus. An Wagenknechts Ausführungen zu Gemeinschaft, Identität und Gerechtigkeit ist vieles richtig oder zumindest plausibel, aber auch feuilletonhaft. Hier bräuchte es erheblich größere Differenzierung und Absicherung durch sozial- und politikwissenschaftliche und sozialpsychologische empirische Forschung

sowie politische Philosophie. An Standardwerken dazu besteht eigentlich wahrlich kein Mangel. Die Lücken im ihrem Literaturverzeichnis geben weitere Rätsel auf: Piketty, Koppetsch, Goodhart, Putnam, Collier u.a. sind wertvolle Referenzen, doch fehlt jede Spur von eigentlich für die Thematik unerlässlichen Beiträgen wie *The Struggle Over Borders* von Merkel u.a., *Identität* von Fukuyama oder *Die Moralfalle* von Stegemann.

An Wagenknechts Ausführungen zu Gemeinschaft, Identität und Gerechtigkeit ist vieles richtig oder zumindest plausibel, aber auch feuilletonhaft.

Ein sehr gravierendes und grundsätzliches Problem ist das Fehlen jeden Bezugs auf universelle Werte, die in ihrer Begründung und Geltung nicht an eine bestimmte Gemeinschaft gebunden sind, sondern an denen jede Gemeinschaft oder Kultur sich messen lassen muss. Ohne Universalismus ist man schutzlos gegen kommunitaristisches, relativistisches und letztlich identitäres Denken. Wagenknechts Grundauffassung, dass gerade eine soziale und demokratische Politik die breit akzeptierten Werte der Bevölkerung verwirklichen muss, dürfte niemand sinnvoll bestreiten. Aber, so müsste man unbedingt ergänzen: nur insoweit diese nicht den universellen Werten und Menschenrechten widersprechen.

Zudem gerät in Wagenknechts historischem Rückspiegel manches aus dem Blick, so etwa die mentale Imprägnierung von Arbeiterschaft und Mittelschicht durch die Nazizeit oder die autoritären und totalitären linken Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Durch solche Auslassungen und Idealtypisierungen sowie die Rumpfhaftigkeit ihres „Gegenprogramms“ genau da, wo es origineller wird, kommt unweigerlich ein Zug von „Retrotopie“ (Z. Bauman) in das Buch, auch wenn Wagenknecht nicht alles schönfärbt und beteuert, kein „Zurück in die Siebziger“ zu wollen. Und während die wirtschaftsgeschichtlichen Abschnitte sachkundig und (manchmal zu) detailliert sind, wirken die sozialgeschichtlichen oft etwas einseitig.

Ärgerlich ist der Modus der Zuspitzung, in dem die Auseinandersetzung mit Linksliberalismus und Identitätspolitik immer wieder geführt wird. Statt die Mühen einer Analyse ihrer rationalen und berechtigten Momente und der präzisen Bestimmung der Punkte, an denen sie in Irrationalität und Gegenaufklärung, in quasireligiöse Ideologie und umgedrehten Rassismus umschlagen, auf sich zu nehmen, statt eine auf empirischer Evidenz basierte Kritik ihrer schädlichen sozial- und politpsychologischen Wirkungen zu formulieren, macht sich Wagenknecht durch karikaturhafte Überzeichnungen einen schlanken

Fuß. Was wie eine mutige Konfrontation auftritt, entpuppt sich in Wahrheit eher als Vermeidungstaktik. Eine grundsätzliche kritische, aber differenzierte und seriöse Auseinandersetzung mit dem Ansatz der Identitätspolitik und ein wissenschaftlich fundierter Gegenentwurf wäre tatsächlich das Buch der Stunde. *Die Selbstgerechten* leistet dies leider nicht.



Roman Grabowski
Berlin

Roman Grabowski ist politischer Philosoph und arbeitet als Lehrer in Berlin. Er ist Mitglied im Kreisvorstand der SPD Berlin-Lichtenberg.

-